

Antrag der SPD-Fraktion vom 17. September 2018 betr. Stopp des Verkaufs von Landesimmobilien in Darmstadt-Eberstadt



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Fraktion-Postfach 11 14 02-64229
Darmstadt

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Büro der Stadtverordnetenversammlung
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Birgit Pörtner
Luisenplatz 5a
64283 Darmstadt

**SPD-Stadtverordnetenfraktion
Darmstadt**
Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75
Fax: 06151 – 2 79 02 71
info@spdfraktion-da.de
www.spdfraktion-da.de

Antrag

Stopp des Verkaufs von Landesimmobilien in Darmstadt-Eberstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, sich beim Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) und ggf. beim Hessischen Ministerium der Finanzen, als zuständiger Dienst- und Fachaufsicht, dafür einzusetzen, dass die vom LBIH zum Verkauf angebotene Wohnanlage in der Marienburgstraße 4 bis 72a, in Eberstadt – bestehend aus 34 Reihenhäusern und einem Doppelhaus - nicht veräußert wird, sondern in Landesbesitz verbleibt und nach sozialen Kriterien vermietet wird.
2. Sollte der Verkauf dennoch nicht abwendbar sein, wird der Magistrat beauftragt, mit dem LBIH in Verhandlungen über die Liegenschaft einzutreten. Hierfür ist ein Vorkaufsrecht für die Stadt Darmstadt oder die bauverein AG zu prüfen.

Begründung:

Im Gegensatz zum steigenden Bedarf hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen in den letzten knapp 20 Jahren CDU-geführter Landesregierung halbiert. Statt in einer Stadt

wie Darmstadt Wohnraum in Landesbesitz zu behalten, die zum Verkauf stehenden Häuser zu sanieren und nach sozialen Kriterien zu vermieten, veräußert das Land 36 Wohnhäuser, die zum Großteil noch vermietet sind - mit ungewissem Ausgang für die Mieterinnen und Mieter.

Öffentlich bewirbt das Land Hessen durch den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen auf der Plattform „Immobilienscout24“ 34 Reihenhäuser und eine Doppelhaushälfte in der Marienburgstraße in Darmstadt-Eberstadt. Neben der Wohnfläche, den Heizkosten und anderen für einen potentiellen Käufer wichtigen Merkmalen, ist ebenso angegeben, dass 23 der 36 Häuser vermietet seien. Weiterhin wird im Exposé das Fehlen eines Bebauungsplans als Qualitätsmerkmal hervorgehoben.

Für die Stadt Darmstadt ist dies ein Rückschlag im Kampf gegen steigende Mieten. Diese hat sich auf Initiative der SPD verpflichtet, Bauprojekte zu 45% öffentlich zu fördern. Besteht jedoch wie hier Baurecht nach §34a BauGB, so kann die Stadt nicht eingreifen. In der Vergangenheit haben wir oftmals schmerzhaft erfahren müssen, dass wir unsere eigenen Vorgaben nach bezahlbarem Wohnraum aufgrund fehlender Rechtsgrundlage nicht durchsetzen konnten. So erging es uns zum Beispiel beim Gelände des ehemaligen Echo-Gebietes.

Die Erfahrung hat gezeigt: Kann man den Bauherren nicht auferlegen, einen Teil des entstehenden Wohnraums zu fördern, so erstellt dieser fast ausschließlich frei finanzierten Wohnungsbau – und dieser wird möglichst teuer. Deshalb ist das Bewerben dieser Eigenschaft nur so zu verstehen, dass das Land ohne Rücksicht auf die Interessen der Stadt versucht den Gewinn beim Verkauf zu maximieren.

Für die bestehenden Mieterinnen und Mieter erwarten wir in diesem Fall drastische Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen. Das befürchten auch die Menschen vor Ort, mit denen die SPD bei Hausbesuchen persönlich gesprochen hat. Verdrängung könnte die Folge sein.

Auch im Landkreis gibt es kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Für Menschen, die möglicherweise aus Häusern in der Marienburgstraße ausziehen müssen, ist es auch nicht ohne Weiteres möglich eine Wohnung im Kreis, beispielsweise in Pfungstadt zu finden, von anderen Vierteln Darmstadts ganz zu schweigen.

Darmstadt, 17. September 2018

Oliver Lott
(Stadtverordneter)

Michael Siebel
(Fraktionssprecher)